

## **BDK: Standespolitik mit der Abrissbirne!**

Die wissenschaftliche Dachgesellschaft der Fachzahnärzte für Kieferorthopädie, die Deutsche Gesellschaft für Kieferorthopädie (DGKFO), trennt sich vom BDK und verlässt die gemeinsame Geschäftsstelle in Berlin. Die neue Geschäftsstelle der DGKFO wird sich in Gießen, in der Poliklinik für Kieferorthopädie, bei Frau Prof. Ruf, ansiedeln.

Durch große gemeinsame Anstrengungen war es den ehemaligen Bundesvorsitzenden Zöller und Dawirs und dem damaligen Präsidenten der DGKFO, Herrn Prof Schopf, gelungen, die wissenschaftliche Gesellschaft (DGKFO) und den Berufsverband (BDK) zusammenzuführen und unter einem Dach in Berlin zu vereinen. Diese Anstrengungen und dieser große standespolitische Erfolg, wurden nun vom Bundesvorstand und der Bundesvorsitzenden Mindermann und ihrem Vorstand innerhalb von nur 3 Jahren zunichte gemacht. Aus Kreisen des DGKFO-Vorstandes heißt es intern: „Man habe genug von der ständigen Einmischung und der (Schreckens-)Herrschaft von Frau Mindermann in der gemeinsamen Geschäftsstelle.“ Die Personalführung und Integrationsfähigkeit von Frau Mindermann und Herrn Scherer sei verheerend gewesen. Die Präsidentin der DGKFO, Frau Prof. Kahl-Nieke, erwähnt in einer Beilage zur DGKFO-Fachzeitschrift mit keinem Wort mehr den BDK. Das Verhältnis zum BDK-Bundesvorstand gilt seit der Amtsübernahme von Frau Mindermann als zunehmend zerrüttet. Nicht nur die Führungsschwäche von Mindermann und ihrem Vorstand werden kritisiert, sondern auch die Verhandlungsschwäche des BDK im Zusammenhang mit der Novellierung der GOZ durch das BMG. Die DGKFO hatte hier auf ausdrücklichen Wunsch der BZÄK und des BMG einspringen müssen und die Interessen der Kieferorthopäden vertreten. Mindermann und Co. waren weder im BMG noch in der BZÄK als adäquate Gesprächspartner akzeptiert worden. Die Besetzung des GOZ-Referates im BDK sei eine totale Fehlbesetzung gewesen heißt es.

Diese Trennung wird für die Einheit des Berufsstandes verheerende Folgen haben. Die Erosion des BDK schreitet in rapidem Tempo voran, nachdem sich inzwischen aus ähnlichen Kritikpunkten bereits mehrere Landesverbände in der AG BDK Konkret organisiert hatten. Die Antwort von Mindermann war nicht Vermittlung und Integration, sondern anwaltliche Abmahnungen und Ausschlüsse von Landesvorständen. Aus Protest gegen die Mindermann-Politik hatten sich bereits mit Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein zwei BDK-Landesverbände komplett aufgelöst, weitere befinden sich in Auflösung. Die Bundesvorsitzende Mindermann bleibt jedoch stur bei ihrer Auffassung, sie habe alles richtig gemacht, die Fehler seien bei den anderen zu suchen.